

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepal. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, II. — Fernsprech-Anschluß Nord 8635—9994

Die Tagung des IOB. in Berlin.

In der Zeit vom 18. bis 21. Januar 1928 tagten im Berliner Gewerkschaftshaus der Vorstand und Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die internationalen Berufssekretäre nahmen an der Tagung teil. Aus der Schweiz traf die Nachricht ein, daß der Generalsekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Karl Dürr, langjähriges Mitglied des Ausschusses des IOB. plötzlich gestorben sei.

Johnauz eröffnete die Tagung. Er hofft, daß sie ihre Aufgabe, die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, zu einer glücklichen Lösung führt. Die Verhandlungen über die Reorganisationsfragen drehen sich zunächst um die Sitzverlegung des IOB. und die Besetzung des Bureaus des IOB. Der Genosse Sassenbach hat sich bereit erklärt, den Posten des Generalsekretärs solange weiter zu führen, bis ein Nachfolger für ihn gefunden ist. Der Vorstand ist damit einverstanden und dankt Sassenbach für seine Bereitwilligkeit.

Die englische Delegation bringt Brüssel als künftigen Sitz des IOB. in Vorschlag. Zur Prüfung der Reorganisationsvorschläge wird eine Kommission von sieben Mitgliedern in Vorschlag gebracht, und zwar je ein Mitglied aus Deutschland, England, den lateinischen Ländern, Österreich, Schweiz, Skandinavien, den slawischen Ländern und Holland. Mit beratender Stimme werden die Genossen Johnauz und Sassenbach hinzugezogen.

Die Kommission wird gebildet aus den Genossen Hicks, Hueber, Grafmann, Lanyerle, Jakobsen, Stenhuis und Buillon. Die Verhandlungen wenden sich dann dem zweiten Punkte der Tagesordnung zu: Vorbereitung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

Genosse Johnauz führt hierzu aus, daß der Vorstand von allen Klagen auf diesem Gebiete Kenntnis genommen habe. Es handle sich weniger um die Organisation der Konferenz, als um prinzipielle Punkte, in deren Auswahl sich verschiedene Gegenstände gezeigt haben. Es sei sehr schwierig, die verschiedenen Meinungen bei der Festsetzung der Tagesordnung auszugleichen.

Bei der Behandlung der Minimallohnfrage auf der vorjährigen Konferenz seien darüber prinzipielle Gegensätze hervorgetreten, ob Minimallohne für alle Berufe oder nur für Heimarbeiter festzusetzen seien. Der IOB. habe die Aufgabe, in derartigen prinzipiellen Streitfragen einen Mittelweg zu finden. Den Vorbereitungen der Konferenzen sei größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Aus den verschiedenen Meinungsäußerungen habe der Vorstand von Fall zu Fall eine gemeinsame Richtlinie zu ziehen, die dann für die Vertreter in Genf maßgebend sein soll. Den internationalen Richtlinien soll der Vorzug vor den nationalen gegeben werden.

Johnauz hat gehofft, daß die Mitarbeit des Genossen Dudgeest im IOB. erhalten werden könne. Leider sei dies nicht möglich. Das Mandat Dudgeests läuft im Mai dieses Jahres ab.

Hueber beklagt, daß es bisher immer noch nicht gelungen ist, die deutsche Sprache als Amtssprache einzuführen. Das sei ein ganz unhaltbarer Zustand, der auf die Dauer immer unerträglicher werde. Die deutsch-sprechenden Arbeitervertreter, die Deutschen, Österreicher, Skandinavier, Holländer, Polen, Ungarn und Bulgaren bedienen sich der deutschen Sprache, und sie müssen Gelegenheit haben, die Vorlagen in deutscher Sprache studieren zu können.

Zur Frage der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit erklärt Hueber, daß die Vertreter im Internationalen Arbeitsamt der Arbeiterschaft nicht alles parlamentarisch auf dem Teller bringen können. Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen und müssen nach wie vor jeden Fortschritt erkämpfen. Da der Genosse Merkenz bisher im IOB. vieles geleistet habe, schlage er ihn als Nachfolger Dudgeests vor. Dieser Vorschlag wird auch von anderer Seite empfohlen.

Im weiteren Verlauf der Debatte führte Tomshaw, Sekretär der Textilarbeiter-Internationale, aus, es sei ein großer Nachteil, daß die deutsche Sprache in Genf nicht offiziell zugelassen ist. Es sei weniger die Aufgabe der deutschen, als die der französischen und englischen Genossen, auf die Beseitigung dieses schändlichen Zustandes hinzuwirken.

Man könne von Genf kein Wunder erwarten, doch müsse im Rahmen des Möglichen geschehen, was getan werden kann.

Auch in der Frage der Minimallohne müsse zwischen Idealen und Realitäten unterschieden werden. Das Minimum müsse für schwache Organisationen gelten, die darauf weiterbauen könnten. Starke Organisationen können das Minimum leicht höher heben. Man müsse sich mit der Festlegung allgemeiner Richtlinien begnügen und es im übrigen den Delegierten in Genf überlassen, den Verhältnissen entsprechend zu verfahren.

Leipart (Deutschland) führt aus, das Internationale Arbeitsamt könne auf sozialpolitischem Gebiete keine Fortschritte machen, wenn es sich nicht auf die Gewerkschaften stützen kann. Und es werde diese Unterstützung nicht in ge-

hörigem Maße finden können, wenn die auf die deutsche Sprache als Verhandlungssprache angewiesenen Kreise nicht die Möglichkeit haben, die Anregungen und Publikationen des IOB. zu verfolgen.

Leipart entwickelt dann die vom Vorstande des IOB. gedachte Regelung der Zusammenarbeit des IOB. mit den Vertretern in Genf.

In der Frage der gesetzlichen Mindestlöhne legt Leipart den Standpunkt der deutschen Gewerkschaften dar, die jede Festlegung über die Heimarbeit hinaus entschieden ablehnen und nicht den kleinen Finger dazu bieten, sich die Lohnfestsetzung aus der Hand winden zu lassen.

Genosse Merkenz verbreitet sich in längeren Ausführungen interner Natur über die Arbeiten in Genf und die mancherlei Schwierigkeiten, denen sie begegnen. Er hält es nicht für zweckmäßig, hier eine bestimmte Persönlichkeit zu

Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten betrug nach dieser Aufstellung von Januar bis September 1927 289 826, gegen 44 302 1926 und 169 868 in der Vorkriegszeit. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten höher war, als selbst in der Vorkriegszeit. Dagegen ist die Zahl der Streiks und Ausperrungen geringer als vor dem Kriege. Aus dieser Gegenüberstellung und aus dem scheinbaren Widerspruch dürfte hervorgehen, daß die Tarifgebiete in der Nachkriegszeit bedeutend größer sind als dazumal und mehr Arbeiter von einem Tarifvertrage erfasst werden. Man bedenke, daß wir jetzt ein ausgedehntes Schlichtungsverfahren haben, welches vor dem Kriege nicht vorhanden war. Trotz diesem Schlichtungsverfahren mußte diese große Anzahl von Kämpfen durchgeführt werden. Interessant ist auch die Zahl der verlorenen Arbeitstage bei Arbeitskämpfen. Sie spiegelt sich in folgender Tabelle wider:

Zahl der verlorenen Arbeitstage bei Arbeitskämpfen:			
Vierteljahr			
	1899/1913	1926	1927
1. Vierteljahr	2 001 899	557 838	1 041 132
2. Vierteljahr	2 001 899	290 754	1 085 674
3. Vierteljahr	2 001 899	226 848	1 179 148
	6 005 097	1 075 440	3 305 954

Es gibt Leute, die nur mit einem Rielenmundwerk Arbeiterinteressen „vertreten“. Diese Leute ziehen aus den vorstehenden Zahlen den Schluß: Es ist nichts getan worden. Vernünftige Leute erkennen an dieser Zahlenentwicklung einmal den großen Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, zum anderen wissen sie, daß solche Zahlen nicht ganz unabhängig sind von der jeweiligen Wirtschaftskonjunktur.

Was wird das Jahr 1928 bringen? Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um voraussehen zu können, daß auch das neue Jahr noch reich an Kämpfen und Auseinandersetzungen sein wird. Im Frühjahr dieses Jahres laufen eine ganze Reihe Tarifverträge ab.

Es laufen ab:
am 31. März 1928 ... 72 Tarifverträge mit 2 300 000 Arbeitern
am 30. April 1928 ... 43 Tarifverträge mit 800 000 Arbeitern
Diese Zahlen zeigen deutlich, welche Umsatzen von Arbeit in diesem Frühjahr von den Gewerkschaften geleistet werden muß, um die abgelaufenen Tarifverträge zu erneuern. Auch die Schlichtungsbehörden werden alle Hände voll zu tun bekommen.

Was ergibt sich daraus? Daraus geht klar hervor, daß eine Stärkung der Gewerkschaften unter allen Umständen notwendig ist, nicht nur Verschlechterungen abzuwehren, sondern darüber hinaus Erfolge zu erzielen. Jeder Gewerkschaftskollege sollte deshalb aus den Kämpfen des Jahres 1927 lernen, und sich die Verhältnisse im Jahre 1928 klar vor Augen halten. Dann wird er von selbst wissen, was er zu tun hat.

Der Fabrikarbeiterverband und der Industrieschutzverband.

Der Deutsche Industrieschutzverband Dresden, die bekannte Streikentschädigungsorganisation der Unternehmer, versendet ihre Werbeschriften an die noch fernstehenden Unternehmer. Dieser Industrieschutzverband erhebt keine festen Beiträge, sondern vereinbart sie mit jeder Firma. Bei Streiks erhält die bestreikte Firma als Entschädigung vom vierten Streiktage an täglich 33 1/3 Prozent des vereinbarten Jahresbeitrages, d. h. also des Mitgliedsbeitrages. Ist z. B. der Jahresbeitrag 300 Mk., so beträgt die tägliche Streikentschädigung 100 Mk. Der Industrieschutzverband zählt nach den Angaben im Werbematerial 17 000 Mitglieder und hat 2 1/2 Millionen Mark Deckungsmittel. Um die Unternehmer zum Beitritt zu bewegen, werden die Zahlen über unsere im ersten Halbjahr 1927 geführten Lohnbewegungen aus der Nr. 40 des „Proletariats“ 1927 zitiert. Auch was der Industrieschutzverband an einzelne Firmen gezahlt hat, führt er an. Hier einige Beispiele:

Mitgl. Nr.	Branch	Ort	Jahresbeitrag Mark	Entschädigung Mark
357	Glasfabrik	Prodnig	584	17 112
2056	Porzellanfabrik	Eisenberg (S.-A.)	232	4 000
2055	Porzellanfabrik	Eisenberg (S.-A.)	701	6 500
25-3	Glasfabrik	Sattau (Schl.)	255	4 800
6903	Zuckerfabrik	Wobau	1125	9 500
158	Kapfabrik	Forchdorf	164	6 000
1294	Glasfabrik	Kaujcha	192	4 000
1248	Glasfabrik	Kaujcha	119	3 537
1247	Glasfabrik	Kaujcha	50	5 500
7696	Spiegelglasfabrik	Wobau	300	4 500
4129	Spiegelglasfabrik	Wobau	255	4 000
1584	Glasfabrik	Rein-Lettau	49	5 000

Welche Schlüsse haben wir aus dem hier zitierten Unternehmeragitationsmaterial zu ziehen? Daß wir unter Anspannung aller verfügbaren fähigen Kräfte die Agitation mit Hochdruck betreiben müssen.

Nicht zerschlagen, sondern aufbauen

dadurch agitiert man und baut Organisationen auf und aus, daß man fortgesetzt die Gewerkschaften und deren Führer verleumdet. Durch eine solche Praxis wird der Verband

weil ja bei den Unorganisierten und bei den noch nicht genügend aufgeklärten Verhandlungsmittgliedern Mißtrauen und Abneigung gegen die Gewerkschaften geweckt und gefördert werden. Nicht bössartige Verleumdung

Hervorhebung all des Guten und Vorteilhaften der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft wirkt werbend für den Verband. Wer glaubt, durch gehässige Verleumdungen Gewerkschaften

zu können, auf dessen Agitationsarbeit verzichten wir gern. Nur ehrliche, von der hohen Mission der Gewerkschaften überzeugte Mitarbeiter heißen wir in der Agitation willkommen.

nennen, so sehr das ihm bekundete Vertrauen ihn ehre. Er ist natürlich einverstanden, der deutschen Sprache als Verhandlungssprache zur Anerkennung zu verhelfen, weiß jedoch auf entgegenstehende Hemmnisse hin.

Ohne Diskussion wird hierauf eine von Hicks vorgelegte Resolution angenommen. Es sollen allgemeine Richtlinien zu einer besseren Zusammenarbeit aufgestellt und auf eine gehörige Disziplin hingewirkt werden.

Zur Sprache kommt dann die Unterstützung der italienischen Gewerkschaftsbewegung, die bekanntlich ihren Sitz in Paris hat. Die Landeszentrale, die der Genosse Buorri vertritt, hat eine eingehende Schilderung ihrer Situation gegeben.

Genosse Käppler, der Sekretär der Bauarbeiter-Internationale, befürwortet eindringlich die finanzielle Unterstützung der italienischen Landeszentrale in Paris.

Genosse Sassenbach gibt ein Bild über die unabwehrbaren Verhältnisse in Italien, die eine weitere Unterstützung der Landeszentrale in Paris erforderlich machen. Der internationale Sekretär der Lederarbeiter, Genosse Simon (Nürnberg) tritt für eine gemeinsame Unterstützung durch die internationalen Berufssekretariate ein. Der Vertreter der niederländischen Landeszentrale, Genosse Stenhuis, erwartet einen Vorschlag des Vorstandes.

(Über den weiteren Verlauf werden wir in der nächsten Nummer des „Proletariats“ berichten.)

Agitation und Aufklärung tun not.

Das Jahr 1927 war eine Zeit gewerkschaftlicher Aktivität. In welcher Weise sich die Gewerkschaften für ihre Mitglieder einsetzten, ist aus der Zahl der Arbeitskämpfe zu ersehen:

Zahl der Arbeitskämpfe		Zahl der Streikenden und Ausgesperrten	
1899/1913	1927	1899/1913	1927
durchschnitt	529	58 656	21 421
1926 1. Vierteljahr	80	11 171	11 800
1926 2. Vierteljahr	109	51 229	132 558
1926 3. Vierteljahr	100	95 814	61 454
1926 4. Vierteljahr	70		
1927 1. Vierteljahr	92		
1927 2. Vierteljahr	271		
1927 3. Vierteljahr	187		

erheblichem Luxuskonsum, keineswegs in einem bedingungslos großen Umfang verbraucht, so sehr sich auch manche Schichten...

5. In dem Wirtschaftsbild fehlen aber freilich auch nicht die ungünstigen Züge. Man wird im ganzen zugeben müssen, daß es bei reichlich zuströmendem Auslandskapital...

Verschiedene Industrien

Nacharbeitersverbot für die Heimindustrie.

I.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der in den Hausindustrien beschäftigten Personen haben sich im Laufe der Jahre derartig verschlechtert, daß jedes nur einigermaßen erfolgversprechende Mittel angewandt werden muß, um die

größte Notlage, in welche diese Personen geraten sind, zu beseitigen.

Es ist hier die Frage aufzuwerfen, mit welchen Mitteln den Heimarbeitern geholfen werden kann. Das Hausarbeitsgesetz vom 27. Juni 1923 reicht nicht aus, um den unter dieses Gesetz fallenden Personen genügend Schutz zu gewähren.

Als vordringliche Regelung für den Heimarbeiterschutz betrachten wir den Antrag über „Arbeitszeitregelung“ für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen.

Zur Begründung dieses Standpunktes wird auf Seite 41 des 37. Sonderheftes zum Reichsarbeitsblatt gesagt:

Die Heimgewerbetreibenden sind nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes anzusehen. Es mußte für das Gebiet des Arbeiterschutzes auch eine Gleichstellung der Heimgewerbetreibenden mit den Arbeitnehmern abgesehen werden...

Trotz vorstehender Begründung ist die Arbeitszeitregelung für die Hausindustrie notwendig; denn es steht außer Zweifel, daß die Entwicklung der bodenständigen Hausindustrien...

Diese Zustände sind nicht allein auf Absatzstockung zurückzuführen, wie das häufig von Unternehmerseite hingestellt wird, sondern im hohen Maße auf Auswüchse einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Aber noch ein anderer Grund spricht dafür, daß die Arbeitszeit in der Hausindustrie einer gesetzlichen Regelung bedarf. Es ist die Frage der Preisbildung in den Industrien...

So werden zum Beispiel in der Spielwarenindustrie und im Spielwarenhandel seit Jahren in der Preisbildung Unterschiede bis zu 50 Prozent festgestellt („Wegweiser“ Nr. 48, Jahrgang 1927).

Verhältnisse kaum oder nur vereinzelt bestehen, es sei denn, daß es sich um Hausindustrien handelt, die den Betriebsmethoden schon näher gebracht sind.

Erwerbslosigkeit, Lohndruck und selbstmörderische Konkurrenz unter den Heimarbeitern werden wiederum genährt durch den Umstand, daß die Aufträge an die Hausarbeiter...

Die Beweggründe des Auftraggebers, die Aufträge kurzfristig herauszugeben, sind nach Auffassung vieler Kreise folgende: Der Verleger weiß, daß in der Hausindustrie gesetzliche Bestimmungen über die Arbeitszeit nicht bestehen...

Für den Auftraggeber bedeuten die drei vorstehenden Feststellungen Gewinn, denn er erspart Lagerkosten, Zinsen usw. Für den Heimarbeiter bedeuten sie die Infragestellung seiner wirtschaftlichen Existenz für die Zukunft...

Den aufgezählten Zuständen kann nur in Form einer Arbeitszeitregelung für die gesamte Hausindustrie begegnet werden. Eine solche Regelung wird in der Richtung eines generellen Nacharbeitersverbotes für alle in der Hausindustrie beschäftigten Personen gesehen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Aus der Praxis der Abonnentenversicherung.

Viele Menschen glauben, sie seien für alle Fälle versichert, wenn sie eine Zeitschriftenversicherung eingehen. Da ist kürzlich wieder einmal ein Arbeiter, der über zwei Jahre lang „Vobachs Familienhilfe“ bezog...

Wie wir aus dem uns vorliegenden ärztlichen Gutachten ersehen, waren Sie bereits zur Zeit des Unfalls mit Pforten (1) behaftet, welche vom ärztlichen Standpunkt aus als erhebliches Leiden (1) anzusehen sind.

Geschlechtskrankheiten und Betriebskrankenkassen.

In dieser Angelegenheit erhält die Redaktion des „Proletariats“ von dem Syndikus des Verbandes der Bayerischen Betriebskrankenkassen diese Zuschrift:

Sie haben in Nr. 49/1927 S. 284 Spalte 3 einen Artikel gebracht „Geschlechtskrankheiten und Betriebskrankenkassen“, der in der Behauptung spielt, daß bei den Betriebskrankenkassen deren Mitgliedern wegen Geschlechtskrankheit wirtschaftlicher Nachteil durch Entlassung widerfährt...

er es aber auch nun tat, wo er vor Tatzsachen gestellt wurde —? Der Kommissar aber lächelte still vor sich hin, zufrieden mit sich und der ganzen Welt.

Es mochte vielleicht 10 Minuten nach 12 Uhr sein, als schwere Schritte auf der Treppe hallten. Etwas unruhig wandte sich die Frau um: „Das wird mein Mann sein.“

Auf der obersten Treppenstufe trat Frau Pawlona ihrem Manne entgegen. Leutlich sagte dieser sie um und fragte schmunzelnd: „Na — — Alle, hast du etwas Gutes gekocht?“

Sie streift langsam den sie umfassenden Arm von sich ab und sagte, halb ausstehend: „Was heißt heute etwas Gutes, es ist alles eine ewige Stopperei, bis man ein gedecktes Mittagessen bekommen hat, und dann ist es auch immer noch so etwas Ähnliches wie Leipziger Merlet.“

Dann schwiege sie einen Augenblick. Nichts besorgt in das lachende Gesicht des Mannes, um dann erschlossen, mit gedämpfter Stimme, fortzufahren: „Orninen ist Besuch für dich — —?“

Fragend blickte Pawlona: „Wer — —?“

Einer von der Kriminal — —? Betroffen zuckte der Mann zusammen: „Doch nicht etwa wegen dem?“

„Ja — — gerade deshalb — —“ Eine kleine Pause. Dann richtete sich Pawlona entschlossen an. Streichelte beruhigend über die bleichen Wangen seiner Frau: „Man keine Angst, Mariankachen, das wollen wir schon ins richtige Gleis bringen — —“

Mit festem Schritt, soweit es seine Knieerkrankung erlaubte, schritt er die Küche zu, während seine Frau ihm über die Schulter nachsah. Pawlona war ein kräftiger Mann. Anfangs der Arbeit aber der leidige Krieg hatte aus dem einst kräftigen Mann einen halben Menschen gemacht. Das rechte Bein schleppte er etwas nach, die Knieen eines Schicksals, den er in den ersten Kriegsjahren bei Sarajewo erlitten. An der Ellbogen richtete ein Orkanstoß den linken Arm so zu, daß er heute fehlte im Armelbrackett, dem war er noch nicht gänzlich erlassen, das bezeugte die Anstalt des 30. Offiziersregiments Nr. 14 er noch frau.

Ohne Worte hatte Pawlona die Tür geöffnet und stand nun dem Beamten gegenüber. Dieser hatte sich erhoben, warf einen schnellen, forschenden Blick auf sein Gegenüber, und ging dann, nach der üblichen Begrüßung und Vorstellung, direkt auf sein Ziel los.

Ihre Frau hat zugegeben, daß sie Mehl gestohlen haben. Stimmt das — —? „Jawohl, das ist wahr — —!“

Ohne das geringste Zögern war die Antwort erfolgt. Im gleichgültigen Tonfall. — — Der Beamte schwieg einen Augenblick verblüfft. Eine solche Offenheit war ihm noch nicht vorgekommen. Kein stammelndes Leugnen, wie er sonst gewohnt war. Einfach klipp und klar: Jawohl, das ist wahr. Beinahe war er verlegen, wie er weiterfragen sollte.

„Und wo haben Sie das Mehl her, bitte?“ „Vom Proviantamt.“ „Und wieviel?“ „Sechs Zentner.“ „Haben Sie noch davon?“ „Nun, einen Teil haben wir schon verbraucht. Zwei Zentner stehen noch hier.“

Pawlona öffnete die Tür zu einem kleinen Nebengewach, eine Art Vorratskammer. Dort zeigte er dem Kriminal zwei Säcke, der eine noch voll, der andere schon angebrochen. „Ist das alles, was noch übrig?“ fragte der Beamte weiter, indem er eifrig notierte. „Rein, einige Zentner habe ich und mein Kollege noch anderswo versteckt.“

Der Kriminal klappte sein Buch zu; er wußte Scheinbar genug. Wollen Sie mir bitte nach der Polizei folgen — —? „Ruhig antwortete Pawlona: „Das kann ich. Aber Sie werden mir erlauben, daß ich zuvor einen Happen esse, mich ein bißchen wasche und anziehe — —?“

„Das können Sie, wenn es nicht zu lange dauert!“ Pawlona setzte sich nieder zum Essen, nachdem er seiner Frau einen ermunternden Blick zugeworfen hatte, der soviel sagte: „Man keine Angst, Mutter, das wollen wir schon kriegen...!“

Wohlgemut, wie er wieder auf die große Juresticht ihres Mannes sah. Sie holte die Kinder herbei, und sie aßen und plauderten, als sei nichts vorgefallen. — — Und der Beamte sah dabei und wußte nicht recht, was er daraus machen sollte.

Pawlona aß in aller Gemütsruhe, wusch sich in aller Gemütsruhe und zog sich in aller Gemütsruhe an. Der Kriminal sah wie auf Kohlen und wagte doch nicht, wie er es bei jedem anderen getan hätte, diese Gemütsruhe zu stören. Diese war ihm direkt unheimlich.

Endlich war Pawlona aber doch so weit. Nachdem er feiner

Frau noch einen ermunternden Blick zugeworfen hatte, hob er und der Kommissar nach der Polizei ab.

Dort mußte Pawlona eine Weile warten, bis der Beamte Bericht erstattet hatte. Dann wurde er vorgerufen. Ein blausünder Leutnant nahm ihn in Empfang, sah ihn von oben bis unten an und schnarrte ihn folgendermaßen an: „Mann, Sie haben Mehl gestohlen! — — Wissen Sie, was darauf ruht?“

Doch Pawlona ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, noch beirren. Ruhig blickt er dem Leutnant ins Gesicht, während ein spöttisches Lächeln das eigene Antlitz überzog.

„Guter Mann — — nur nicht so laut! Ich bin doch nicht hierhergekommen, damit mir uns zanken — —!“

Der Leutnant war baff. — — Schon wollte er ihn weiter anschnarren und hatte den Mund schon halb aufgerissen. Aber ein gewisses Etwas in der unheimlichen Ruhe dieses Mannes ließ ihn steifen. Der Beamte hatte ihn schon darauf aufmerksam gemacht. Er hatte aber mühselig darüber gelächelt. Jetzt glaubte er beinahe selbst daran. So ließ er Pawlona ungehört fortfahren.

Dieser richtete sich höher auf: „Man beschuldigt mich, Mehl gestohlen zu haben. Jawohl, ich habe Mehl gestohlen. Ich weiß auch, daß ich dafür bestraft werde. Aber — — und er holte unstillend ein abgegriffenes Notizbuch aus der Tasche, blätterte umständlich darin umher und hielt ein paar dicht beschriebene Seiten dem Leutnant direkt unter die Augen — — „solange diese Herren nicht bestraft werden, werde ich hoffentlich auch nicht bestraft!“

Der Leutnant starrte entsetzt auf eine Reihe von Namen. Namen, vor denen er sich verneigt hätte und wohl noch verneigen mußte, wollte er weiter auf dem sich gesteckten Ziele. Was er da las, war ungefähr folgendes:

Herr Oberbürgermeister Ivanow 5 Zentner, Herr Postdirektor Wajlow 7 Zentner, Herr Polizeikommissar Girouitsch 4 Zentner, Herr Generalmajor Grajewer 5 Zentner — —

Und so ging es weiter, wohl an die 15 bis 20 Namen. Der Leutnant starrte und starrte. — — War so etwas möglich?

Endlich hatte er sich vom ersten Schreck erholt und sagte im gänzlich veränderten Tone: „Guter Mann, was soll das?“

„Was das soll? — — Mann, daß die Herren ebenfalls empfangen haben, Mehl und noch andere Sachen, ebenso wie ich, bei Nacht und Nebel — —!“

Der Leutnant stand eine Weile rasselnd. Dann raffte er sich auf. Kopfte Pawlona begütigend auf die Schulter und sagte: „Pawlona, Sie können nach Hause gehen. Das Weitere werden Sie hören, wenn die Sache weiter untersucht ist — —!“

Wochen vergingen. Doch Pawlona hörte nichts mehr und blieb gänzlich ungeschoren.

Warum ??? — — — Das wissen die Götter!

hast, sondern durch die Fürsorgestellten behandeln lassen und dadurch die Krankheit geheim halten wollen. Wir bitten, zur Kenntnis zu nehmen und geeignet richtig stellen zu wollen...

Wir möchten ausdrücklich bemerken, daß bei der Behandlung dieser Frage in der Ausschuß-Sitzung unseres Reichstagesverbandes am 8. Dezember in Frankfurt a. M. von den Verantwortlichen unserer Mitgliedsvereine...

Wir nehmen von dieser Zuschrift mit Genugtuung Kenntnis.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und Wäcker haben bekanntlich beschloßen, sich zu einem Einheitsverband zu vereinigen...

Genossenschaftliches.

Wucherische Preisdiktatur.

Ein eigenartiges Erlebnis hatte der Konsumverein 'Haus halt' für Meerane und Umgegend. Dieser eröffnete am 11. November v. J. eine Spezialverteilungsstelle, in der er u. a. auch Schallplatten für 4,10 Mk. nach Abzug von 5 Proz. Rabatt für 3,90 Mk. abgab...

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Januar 1928.

Der Schluß des Jahres hat eine außerordentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit gebracht, die sehr erheblich über die erwartete jahreszeitliche Verschlechterung hinausgeht. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung...

Im allgemeinen ist die volkswirtschaftliche Betrachtung geneigt, die Steigerung der Arbeitslosigkeit hauptsächlich auf die jahreszeitlichen Schwankungen zurückzuführen...

Von je 100 Mitgliedern

Table with 4 main columns: Ende November 1927 (männl., weibl., insges.), Ende Dezember 1927 (männl., weibl., insges.), Ende November 1927 (männl., weibl., insges.), Ende Dezember 1927 (männl., weibl., insges.). Rows include Gesamt and various industries like Chemische Industrie, Papier-Industrie, etc.

Alle Industriegruppen unserer Organisation weisen eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades auf. Die stärkste Verschlechterung ist wie schon erwähnt in der Gruppe Baustoffindustrie eingetreten...

kommen, nur um durch sie einen Posten zu erreichen. Den Arbeitern fehle der ihnen gehörende Einfluß in der Partei. In der Zentrumsfraktion seien zwei Beamte vertreten. Imbusch erklärte, in weißen Kreisen hält man manche unserer Führer nicht mehr für das, für das man ihn vor drei Jahren gehalten hat...

Der Deutsche, das Organ der christlichen Gewerkschaften, schreibt unter anderem:

Was die Arbeitnehmer in den Parteien empört, ist das Fehlen einer wahren sozialen Volksgenossenschaft. Sie sind unwillig, weil sie immer noch als Menschen minderen Wertes angesehen werden...

Ummer, wenn es beim Zentrum anfen' grollte, kam die Parole 'Die Religion ist in Gefahr'. Wir sind neugierig, ob dieser Trich auch diesmal wieder angewendet wird und ob er zieht.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1927 haben eingekandt:

- Gau 1: Braunschweig, Fürstenberg a. d. W., Gronau, Nienburg, Minden, Osnabrück, Walsrode, Groß-Hanslingen, Groß-Rhüden, Hülse, Obernkirchen, Peine, Schillhorst, Wieselböbe, Osterode. Gau 2: Bismark, Roggitz, Magdeburg, Staßfurt, Torgau, Osterburg, Preßitz, Langensalza, Barby, Eitzersleben, Halberstadt, Calbe, Königsbutter, Stendal, Annaberg, Bitterfeld, Dessau, Elbingerode, Halle, Helmstedt, Seitzfeld, Hornburg, Coswig. Gau 3: Arnswalde, Prenzlau, Baruth, Sommerfeld, Deutsch-Krone, Jätow, Freienwalde, Groß-Beffen, Gransee, Herzfelde, Heegermühle, Oderberg, Jüterbog, Schönlanke, Luckenwalde, Treuenbrietzen, Neumedeß, Werder, Perleberg, Jossen, Prilwitz, Rheinsberg, Schenibitz, Töschin, Trebbin, Witteneberge, Jälligau, Brandenburg, Eberswalde, Frankfurt a. d. O., Mücheberg, Neuruppin. Gau 4: Anklam, Swinemünde, Duderow, Stolzenburg, Gollnow, Waren, Grabow, Wolgast, Grevesmühlen, Barth, Jahnitz, Falkenberg, Lauenburg, Friedland, Lebbin, Grömmen, Jarmen, Körlin, Lübb, Labes, Rostock, Neubrandenburg, Tessin, Plau, Stavenhagen, Zühlow, Steffin, Warnemünde, Demmin, Wittenburg, Dramburg, Woldegk, Fieddichow, Jarnagloß, Ostrow, Leopoldshagen, Lübbhehen. Gau 5: Deutsch-Eylau, Königsberg, Gumbinnen, Stallupönen, Tilsit. Gau 6: Illowitz, Hirschberg, Münsterberg, Rauscha, Breslau, Bunzlau, Liegnitz, Ratibor. Gau 7: Freiberg, Strehla, Gerhain, Wurzen, Heidenau, Rabenberg, Leipzig, Riesa, Waldheim, Döbeln, Dresden, Großenhain, Lausitz, Penig, Radeberg, Schkeuditz. Gau 8: Friedrichswerk, Scheibitz, Waltershausen, Aluma, Artern, Ellrich, Fraureuth, Oelze, Rodach, Stadtilm, Altendorf, Breitenstein, Erfurt, Hinternah, Limbach, Mühlha, Rastenberg, Solketal, Suhl, Zeitz. Gau 9: Aischaffenburg, Karlstadt, Oberkochen, Schwabach, Bamberg, Forchheim, Mitterteich, Schweinfurt, Aischenthal, Trennfurt, Windsheim, Amberg, Bayreuth, Erlangen, Hofenber, Kronach, Neumarkt, Rehan, Thiersheim, Winklarn. Gau 10: Fleck, Gmund, Miesbach, Schrobenhausen, Altfiling, Nounburg, Schellenberg. Gau 11: Baiernfurt, Bärnsheim, Freudenstadt, Gerabronn, Wangan. Gau 12: Birkenfeld, Speyer, Eisenberg, Kaiserlautern, Kreuznach, Mannheim, Rheinzabern, Rockenhansen, Zweibrücken. Gau 13: Birkfeld, Höchst. Gau 14: Wiesdorf. Gau 15: Büchen, Radeburg, Flensburg, Harburg, Lüneburg, Westerland, Brunsbüttelkoog, Delmenhorst, Eisleb, Friedrichsbad, Samtgang, Isehoe, Oldenburg. Gau 16: Baunten, Lünen, Bochum, Münster, Recklinghausen.

Verbandsnachrichten.

Ausschreibung.

Für unsere Rechtschutz-Abteilung suchen wir zu möglichst baldigem Antritt eine weitere geeignete und befähigte Hilfskraft. Die Bewerber müssen Zivilrecht, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Reichsversicherung und das Betriebsrätegesetz völlig selbstständig bearbeiten können.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unseres Gehaltsregulativs. Die Einreichung in die Gehaltsklasse bleibt der Vereinbarung vorbehalten. Bewerber wollen selbstverfaßte Probearbeiten einreichen über die Themen: 1. Wer ist nach dem Arbeitsgerichtsgesetz Partei bzw. kann als Kläger aufstreten? 2. Welche Rechtswirkung bringt der § 394 des BGB. für die Arbeiter? Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit werden bis zum 18. Februar 1928 an den Hauptvorstand, Adresse: August Brey, Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Etage, erbeten.

Literarisches.

Bericht des Generalagenten über Reparationszahlungen Deutschlands vom 10. Dezember 1927. Scheffelt 14,40 Mill. in Ganzlostenband 16 Mk. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61. Freiheits- und Arbeiterliederbuch, zusammengestellt von August Albrecht, 64 Seiten, kartoniert 40 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Ein brauchbares Arbeiterliederbuch mit über 100 Liedertexten, hat uns jetzt ein Praktikum zusammengestellt. Die Freiheitslieder aus den Bauernkriegen des Mittelalters, die Lieder der französischen und deutschen Revolutionen des Bürgertums im 18. und 19. Jahrhundert, die Kampflieder der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterklasse der Vorkriegszeit in Europa, als auch die neuesten Freiheitslieder der russischen Revolution und der Arbeiterklasse anderer Länder, aber auch unsere eigenen - die entstanden nach dem Kurfurz - sind bei uns lückenlos abgedruckt. Darüber hinaus enthält das Liederbuch noch 'Vertraut- und Handwerkerlieder' und Turner- und Turnersingslieder. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Rundschau.

Fests und rechts vom Zentrum. Die Zentrumspartei hat ihr Zentrum verloren. Der erste Föderal, die Arbeiterpartei, lehnt sich auf gegen den deutsch-nationalen rechten Zentrumskreis, gegen die Besozete Frauen, Familienkassen, Gewerkschaften und Konjunktur. Die Arbeiterpartei will sich nicht mehr an der Nase herumführen lassen. Der Bergbauarbeiter und Zentrumshilfsorganist sagte am 13. Januar in einer Veranlassung: Heute seien es manche Kreise, wie Akademiker, Beamte, Wirtschaftler usw., die innerlich dem Zentrum fernstehen, zur Partei ge-

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Die Kaliindustrie im Jahre 1927.

Das Jahr 1927 ist in wirtschaftlicher Hinsicht für die Industrie ein Jahr des Erfolges gewesen. Schon jetzt werden in den Handelszeitungen Dividendenerhöhungen für die einzelnen Konzerne in Aussicht gestellt. Nach den Angaben der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ werden die Kali-anleihepapiere als die besten Anlagewerte der ganzen Welt bezeichnet. Das ist leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die Gesamterlöseinnahmen des Kalisyndikats von angeblich 148 Millionen Reichsmark im Jahre 1926 auf 192 Millionen im Jahre 1927 gestiegen sind. Eine Mehreinnahme von 44 Millionen Mark bedeutet, daß jedes einzelne Werk durchschnittlich eine Million Mark mehr herausgewirtschaftet hat als im vorigen Jahre. Derartige Erfolge dürften auch nur wieder in der Kaliindustrie zu verzeichnen sein.

Man darf nun nicht etwa annehmen, daß diese günstigen finanziellen Ergebnisse allein auf den Mehrabsatz zurückzuführen sind. Das ist nicht der Fall. Der Absatz ist gegenüber dem Vorjahr nur von 10 998 733 auf 12 304 080 Doppelzentner Reinkali = 12,7 Prozent gestiegen. Die Steigerung der Mehreinnahmen dagegen beträgt rund 30 Prozent. Die am 23. Dezember 1926 in Kraft getretene Preiserhöhung von „durchschnittlich“ 10 Prozent hat sich in einer 30prozentigen Mehreinnahme ausgewirkt.

Hiergegen kann nun der Einwand erhoben werden, daß diese Rechnung nicht stimmt, weil ja ein Teil der Mehreinnahmen auf den Mehrabsatz zurückzuführen ist. Das ist richtig. Bei gleichem Nettoerlösbasispreis von angeblich 13,47 Mark im Jahre 1926 hätte das Kalisyndikat im Jahre 1927 eine Gesamterlöseinnahme von rund 167 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Da nun aber 192 Millionen Nettoerlöseinnahmen zu verzeichnen waren, so entfallen 25 Millionen Mark auf die Preiserhöhung. Wenn im Jahre 1926 bereits 12 Prozent Dividende gezahlt worden sind, kann man leicht erraten, wie die Dividenden für 1927 aussehen werden. In bezug auf Dividendenerhöhungen im Salzdesfurth-Werksleben-Westeregeln-Konzern werden auch bereits 15 Prozent genannt. Gleichzeitig wird aber gesagt, daß es zweifelhaft erscheint, ob Ausschüttungen in dieser Höhe erfolgen werden, weil ein stark unter öffentlicher Kontrolle stehender Industriezweig wie die Kaliindustrie die Höhe der Dividende naturgemäß auch von der allgemein geschäftlichen und industriepolitischen Lage abhängig ist. Man hat also Bedenken gegen die offizielle Bekanntgabe der hohen Dividenden. Die Konzerne werden aber schon einen Weg finden, um den Aktionären in verdeckter Form Zuwendungen zu machen, ohne daß dieses in besonders hohen Dividenden zum Ausdruck kommt.

Die Kaliindustriellen haben also ein gutes Geschäft gemacht. Die finanzielle Lage ist ausgezeichnet; dementsprechend werden auch beträchtliche Bankguthaben vorhanden sein.

Die genannten Gesamterlöseinnahmen des Kalisyndikats sind Nettoerlöseinnahmen. Demnach dürften sich die Bruttoerlöseinnahmen des Kalisyndikats auf 232 Millionen Mark stellen. 17 Prozent der Bruttoerlöseinnahmen = 39,7 Millionen Mark bekommt der Handel und ungefähr 900 000 Mark hat das Kalisyndikat für die Kalistellen und zur Verteilung der Kosten für die Kalipropaganda zu tragen. Vielleicht sind die Bruttoerlöseinnahmen noch höher, doch das läßt sich nicht so ohne weiteres feststellen. Neben der Industrie hat vor allem der Großhandel ein ansehnliches, man kann wohl sagen, das beste Geschäft gemacht. Man muß es als ein Skandal sondern gleichen bezeichnen, wenn einige Großhändler für ihre mühselige Tätigkeit den Betrag von rund 40 Millionen Mark in ihre Taschensachen. In dieser Auffassung wird man bestärkt auf Grund der Tatsache, daß 21 000 Kaliarbeiter jährlich nur annähernd soviel verdienen wie der Großhandel. Wir haben hier dieselben skandalösen Zustände wie bei der Braunkohle. Es wird notwendig sein, daß sich der Herr Reichswirtschaftsminister auch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Der Absatz von rund 12,4 Millionen Doppelzentner Reinkali ist von ungefähr 45 Werken mit rund 21 000 Arbeitern bewältigt. Im Monat November 1927 waren nur noch 41 Werke in Förderung. Man darf annehmen, daß die Rationalisierung jetzt im gewissen Sinne zum Abschluß gekommen ist. Im Hintergrund „spukt“ zwar immer noch der Kalitrust, welcher, wenn er zustande kommen sollte, noch etwas Beunruhigung bringen dürfte. In letzter Zeit ist es davon merklich still geworden. Der Trust hat seine Befürworter und Gegner. Zu den Trustgegnern gehören der Ufersleben-Salzdesfurth-Westeregeln-Konzern, der preussische und der anhaltische Fiskus; die Deutschen Solvaywerke, der Dr.-W.-Sauer-Konzern und die Halleschen Kaliwerke. Neufabrik-Friedrichshall hat sich seine Stellungnahme vorbehalten. Als eifriger Befürworter zeigen sich Wintershall und der Burbachkonzern. Wenn die Trustbildung zustande kommt, ist mit einer weiteren Stilllegung von Werken zu rechnen. Aber, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt, sagt Wilhelm Busch. Also abwarten.

Im Jahre 1927 wurde das Problem der Mischdüngerfrage praktisch von der Chemischen Großindustrie durch die J.-G. Farbenindustrie, A.-G., gelöst. Das unter dem Namen Nitrophoska bezeichnete Düngemittel ist zwar bereits im Dezember 1926 auf den Markt gekommen, doch konnte damals Positives nicht darüber gesagt werden, weil praktische Versuchsergebnisse noch nicht vorlagen. Heute steht fest, daß sich dieses Spezialdüngemittel, welches Stickstoff, Phosphor-

säure und bis 26,5 Prozent Kali enthält, sehr gut bei der Landwirtschaft eingeführt hat. Vielfach konnten bei Befüllungen die Lieferfristen nicht eingehalten werden, so daß die J.-G. Farbenindustrie für diesen Industriezweig Betriebs-erweiterungen geplant hat. Wenn der Absatz des Nitrophoska weiter steigt, dürfte dieses nicht nur für die Kali- und Stickstoffindustrie, sondern für die gesamte Volkswirtschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Demnach will auch der Wintershall-Konzern, welcher zu diesem Zweck eine Verbindung mit den Rödener-Werken ausgenommen hat, die Mischdüngerefabrikation aufnehmen. Die notwendigen Vorarbeiten und ersten fabrikatorischen Anfänge sind auf der Gewerkschaft „Glück Auf“ in Sondershausen bereits im Gange. Wenn wir recht unterrichtet sind, soll, wenn günstige fabrikatorische Ergebnisse vorliegen, die Mischdüngerefabrikation auch auf anderen Werken des Wintershall-Konzerns aufgenommen werden.

Im Gegensatz zum Nitrophoska soll der Mischdünger von Wintershall nur Kali und Stickstoff enthalten. Es bleibt daher abzuwarten, welcher von den beiden Mischdüngern sich durch-



setzen wird. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schreibt dazu, daß die vom Wintershall-Konzern auf diesem Gebiet in Angriff genommenen Arbeiten keineswegs die Einleitung eines Konkurrenzkampfes gegen die J.-G. Farbenindustrie bedeuten, sondern beide Konzerne die gleichen Interessen haben (?) und daß einem späteren Zusammenwirken Schwierigkeiten kaum entgegenstehen.

Bemerkt sei in diesem Zusammenhang noch, daß nicht nur der Wintershall-Konzern, sondern auch der Konzern Friedrichshall-Neustadt mit der chemischen Großindustrie eine Verbindung eingegangen ist, welche zum Abschluß einer Verkaufsgemeinschaft geführt hat. Dieses sind die ersten Annäherungen der Kaliindustrie an die chemische Industrie, welche später zweifellos andere Formen annehmen werden. Je mehr der Weg der Kaliindustrie sich zur chemischen Industrie neigen wird, um so weniger wird mit der Bildung des Kalitrusts zu rechnen sein.

Für die Kaliarbeiter hat das Jahr 1927 die erhofften Erfolge nicht gebracht. In der Arbeitsstreiksache hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen und am 29. April einen Schiedsspruch gefällt, welcher den Arbeitstagsarbeitern ab 1. August und den Fabrikarbeitern ab 1. November eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde brachte. Demnach besteht in der Kaliindustrie für die genannten Gruppen immer noch die 9 1/2 stündige Arbeits- und 11 stündige Schichtzeit. Kampfmaßnahmen zur Erreichung einer kürzeren Arbeitszeit konnten damals aus verschiedenen Gründen nicht unternommen werden.

Eine Lohnerhöhung ist im Jahre 1927 nur einmal, und zwar mit Wirkung ab 15. Juni eingetreten. Die Löhne der Arbeitstags- und Fabrikarbeiter wurden auf Grund der halbständigen Arbeitszeitverkürzung nicht in demselben prozentualen Ausmaß erhöht, wie die Löhne der Bergarbeiter. Arbeitstags- und Fabrikarbeiter bekamen eine Lohnerhöhung von 5 Prozent, Untertagsarbeiter 6,2 Prozent. Der tarifliche Schichtlohn der Fabrikarbeiter steht am Schlusse des Jahres 1927 bei 9 1/2 stündiger Arbeits- und 11 stündiger Schichtzeit auf 5 Mk., gleich 52,5 Pf. die Stunde. Das sind Löhne, wie man sie wohl in keiner anderen Industrie mehr findet.

Die Kaliarbeiter erkennen daraus, daß in bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung in der Kaliindustrie noch viel nachzuholen ist.

Die Werke sind auf Grund des gesteigerten Absatzes und der Kalipreiserhöhung sehr wohl in der Lage, eine angemessene Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen zu können. Eine Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Mehrentlohnung von 10 Prozent würde möglich sein, wenn — die Rabatte des Großhandels nur um 2 Proz. gekürzt würden.

Auf dem Wege der Verständigung wird hierbei aber weder von dem einen noch von dem anderen etwas zu erreichen sein. Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister bringen den Kaliarbeitern recht wenig soziales Verständnis entgegen, so daß die Änderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — um mit Karl Marx zu reden — nur das Werk der Kaliarbeiter selbst sein kann. Organisation ist das Zauberwort, welches gründliche Änderung schaffen kann.

Am 31. Mai kann die Lohnliste und am 31. Oktober 1928 der Manteltarifvertrag gekündigt werden. Die Kaliarbeiter haben hierbei die beste Gelegenheit, Maßnahmen zu treffen,

daß die Gewinne der Industrie und des Großhandels sich in Grenzen bewegen, die das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen.

Unterschleife im Leunawerk.

Im Leunawerk sind große Durchstechereien bekannt geworden. Durch Schmiergelder konnten sich Geschäftsleute Arbeiten zu guten Preisen sichern. Die Leunawerke sollen dadurch um einige Millionen Mark geprellt worden sein. Die Direktion bestreitet, daß die Unterschleife diese Höhe erreichen und weist die Angaben zurück, wonach an der Korruption auch Direktionsmitglieder beteiligt sein sollen. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Aufklärung dieser Korruptionsfrage beschäftigt.

Die Arbeiter des Leunawerks müssen sich bekanntlich einer eingehenden menschenunwürdigen Kontrolle unterziehen, damit sie nicht etwa Pfennigwerke der Firma veruntreuen. Wo es sich um Millionenbetrügereien handelt und höhere Angestellte an diesen Betrügereien beteiligt sind, ist eine solche Kontrolle nicht angebracht. Hoffentlich bringt es die „ausgleichende Gerechtigkeit“ nicht mit sich, daß sich sämtliche Arbeiter des Leunawerks von nun an bei der Kontrolle bis auf das Abwaschküßchen zu entkleiden haben. Die Betrügereien sollen bis in die Inflation zurückreichen. Und von so ein paar lumpigen Millionen hat die Firma gar nichts gemerkt.

Der englisch-russische Ölkauf.

Der große Kampf des unter Leitung des „Napoleons“ Sir Henry Deterding stehenden englisch-holländischen Oils Trusts Royal Dutch Shell mit dem russischen Öl wird bekanntlich an allen Fronten geführt. Der Shell-Trust macht überall verzweifelte Anstrengungen, das russische Öl vom Weltmarkt zu verdrängen, die aber bisher selbst auf dem hauptsächlichsten Kampfbereich, in England, nur von geringem Erfolge begleitet waren. Das russische Öl hat einen mächtigen Bundesgenossen im amerikanischen Standard Oil-Trust gefunden, der Rußland große Mengen abnimmt und selbst vertreiben will. Neben Ägypten und die Türkei, die auf diesem Umweg mit russischem Öl beliefert werden sollen, tritt jetzt Indien, ein sehr wichtiges Absatzgebiet des Shell-Trusts. Um den Kampf mit dem russisch-amerikanischen Öl erfolgreicher zu führen, hat jetzt der Shell-Trust eine Zusammenlegung seiner Verkaufsorganisationen mit dem großen Burma-Oil-Trust, zu dem er seit vielen Jahren Beziehungen hat, beschlossen. Es ist wohl möglich, daß diese Zusammenarbeit letzten Endes zu einer Verschmelzung der beiden Oils Trusts Shell und Burma führen wird. Gesteitert ist die Verdrängung des russischen Öls sowohl aus Frankreich wie aus Spanien, Ländern, in welchen ein Einfuhrmonopol geschaffen wurde (Spanien), bzw. die Petroleumzufuhr einer staatlichen Kontrolle unterworfen werden soll (Frankreich). Die Beseitigung des spanischen Petroleummonopols soll weiter zum Teil mit russischem Öl erfolgen, während in Frankreich demnach eine franko-russische Gesellschaft (vielleicht mit Beteiligung des französischen Staates) gebildet werden soll, um die Einfuhr russischen Erdöls und russischer Petroleumprodukte zu fördern. Soweit es sich bisher überblicken läßt, hatte die Propaganda des Shell-Trusts zur Verdrängung des russischen Öls allein in Griechenland einen Erfolg, wo die griechische Regierung den Vertrag mit dem russischen Naphthasyndikat gekündigt hat. Der Shell-Trust hat sich dabei zu großen Zugeständnissen bequemen müssen. Auch steht das Verhalten der griechischen Regierung wahrscheinlich mit neuen englischen Anleihen, die sie demnach erhalten soll, in Zusammenhang.

Generalversammlung des Chemietrusts.

Die Generalversammlung der J.-G. Farbenindustrie am 14. Januar 1928 war eine bisher unerreichte Glanzleistung. In 20 Minuten konnte der Vorsitzende, Herr Geheimrat Professor Dr. Quisberg, die Aufnahme einer Anleihe von 250 Millionen Reichsmark beschlußmäßig durchsetzen und einen Bericht über die Geschäftslage geben.

Nach diesem Bericht hat sich das Geschäft in allen Zweigen gut entwickelt. Die 250-Millionen-Anleihe ist nötig zur Finanzierung des stark gestiegenen Geschäfts und zum Ausbau neuer Produktionen, insbesondere der Kohlenverflüssigung.

Nach dem Bericht geht die J.-G. Farbenindustrie mit ihrer Kunstseideproduktion an zweiter Stelle in Deutschland. Eine Ausweitung der Kunstseideproduktion ist im Gange. In der Kunstseidefabrik Wolfen werden pro Tag 5000 Kilogramm hergestellt. Drei weitere Fabriken, die von Köln-Rottweil übernommen wurden, befinden sich im Ausbau und sollen ebenfalls täglich 5000 Kilogramm produzieren. Acetatseide wird jetzt im Berliner Betrieb hergestellt, und zwar täglich 2000 Kilogramm. Auch diese Produktion soll auf 5000 Kilogramm pro Tag erhöht werden. Ferner widmet sich die J.-G. Farbenindustrie der Acetylzellulose-Herstellung, wovon gleichfalls täglich 5000 Kilogramm fertiggestellt werden sollen.

Bei dieser glänzenden Geschäftslage kann die J.-G. Farbenindustrie den Leunawindel von einigen Millionen Mark Verlust leicht verschmerzen.

Explosion in den Leunawerken.

Am Sonnabend, dem 14. Januar, ereignete sich in den Leunawerken eine Kohlenstaubeexplosion. Aus dem Gebäude der Winkler-Generatoren schlug eine riesige Stichtamme empor, wodurch zwei Mann der Belegschaft verletzt wurden. Die Arbeiter nahmen verdrängte Gerüche im Betrieb wahr und flüchteten schleunigst aus den Betriebsräumen, so daß größeres Unheil verhütet wurde. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Direktion der Leunawerke war ängstlich bemüht, diesen Unglücksfall zu verheimlichen; Mißtrauen der Belegschaft wurde am Unglückstage von dem Unfall nicht benachrichtigt.

